



## BESCHLUSS

aus der Niederschrift über die 8. Sitzung - Wahlperiode 2020/2025 -  
des Rates vom 29.06.2021

---

### Öffentlicher Teil

- 5) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Viersen über die 211-2020/2025  
Übertragung von Entsorgungsaufgaben 1. Ergänzung

#### Sachverhalt:

Nach den Bestimmungen des Landesabfallgesetzes sind kreisangehörige Kommunen wie die Gemeinde Niederkrüchten verpflichtet, ihr überlassene Abfälle einzusammeln und entsprechend zu befördern. Der Kreis Viersen ist im Weiteren für die Entsorgung dieser Abfälle zuständig.

Im letzten Jahr hat die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine gewerbliche Sammlung für ihren Betriebssitz im Gewerbegebiet Dam, Gewerbering 7, angezeigt.

Unter Verweis auf die in den Nachbarkommunen entstandenen Wertstoffhöfe hat die Verwaltung bereits in der Vergangenheit gegenüber dem Abfallbetrieb des Kreises Viersen Interesse an eben einer solchen Einrichtung auf dem Gebiet der Gemeinde Niederkrüchten bekundet.

Der Abfallbetrieb des Kreises hat daraufhin mit der Firma Schönackers Kontakt aufgenommen, um eine grundsätzliche Bereitschaft zu erfragen. Aufgrund der positiv verlaufenen Vorabstimmungen hat sich der Kreis Viersen vorbehaltlich der Zustimmung durch den Kreistag bereit erklärt, mit der Gemeinde Niederkrüchten eine „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung von Entsorgungsaufgaben (Aufgabenübertragung) im Bereich Einsammeln und Befördern überlassungspflichtiger Abfälle für den Teilbereich Bringsystem/Wertstoffhof“ abzuschließen. Die Vereinbarung liegt der

Sitzungsvorlage als Anlage bei. Sie ist erforderlich, damit der Kreis Viersen in den Betrieb eines Wertstoffhofes vor Ort einsteigen kann. Ansonsten ist es originäre Aufgabe der Gemeinde Niederkrüchten, Abfälle einzusammeln. Mit der Gemeinde Schwalmtal wurde vor einigen Jahren eine entsprechende Vereinbarung bereits getroffen.

Der Abfallbetrieb weist darauf hin, dass aus Wettbewerbsgründen mit der Firma Schönackers lediglich ein Probebetrieb von 1 bis 2 Jahren vereinbart werden könne. Danach müsste die Leistung öffentlich ausgeschrieben werden. Der vom Kreis Viersen betriebene Wertstoffhof soll spätestens zum 1. Januar 2022 in Betrieb gehen. Ein früherer Beginn ist zwar denkbar, jedoch muss bedacht werden, dass neben den notwendigen Beschlüssen auf Kreisebene u. a. auch eine Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) eingeholt werden muss. Die Erteilung der Zustimmung wird nach den Erfahrungen über die Sammlung von Altkleidern über ein kreisweites Containersystem (blaue Container) als sicher angesehen.

Zu einigen wesentlichen Aspekten wird wie folgt ausgeführt:

Vorgesehen ist eine kostenlose Annahme von Papier und E-Schrott in haushaltsüblichen Mengen. Die Annahme von Grünschnitt und Sperrmüll ist ebenfalls möglich. Für Kleinanlieferungen (sogenannte Kofferraumladung) wäre für diese Abfallfraktionen, ebenso wie bei der Anlieferungsstelle des Kreises Viersen in Viersen-Süchteln, eine Pauschale von zurzeit 10,00 € zu entrichten. Am Standort soll auch ein Altkleidercontainer platziert werden. Angestrebt werden sollen nutzerfreundliche Öffnungszeiten. Die bereits angeschlagenen Öffnungszeiten der Firma Schönackers sind von Dienstag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr und Samstag von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr und erfüllen diesen Anspruch.

Die Einrichtung eines Wertstoffhofes wird seitens der Verwaltung aus verschiedenen Gründen begrüßt:

Nach Umzügen wird häufig danach gefragt, Papier neben der blauen Tonne an der Straße zur Mitnahme bereitzulegen. Dies ist jedoch nicht zulässig, und ein Verweis auf eine weitere Entsorgungsmöglichkeit vor Ort ist derzeit nicht möglich. Auch nehmen die Mengen an sperrigen Verpackungskartonagen durch Internetbestellungen beständig zu.

Ähnlich ist die Situation bezogen auf das Strauchwerk. Die Termine der Bündelsammlung werden zwar jahreszeitlich angemessen angeboten, dennoch gibt es bisweilen Übermengen.

Die E-Schrott-Mengen sind in den vergangenen Jahren um deutlich mehr als das Doppelte angestiegen. Dieser Trend ist positiv zu sehen und als Indiz für eine verbesserte Abfalltrennung zu werten. Die Sammeltonnen hinter dem Bürgerservice in Elmpt sind jedoch sehr schnell überfüllt. Gerade nach der Aufgabe der Verwaltungsnebenstelle Niederkrüchten hat sich der Trend verstärkt, da hier ebenfalls einige Gefäße vorhanden waren. Eine persönliche Annahme des E-Schrotts an einem Wertstoffhof ist auch unter dem Gesichtspunkt der Sozialkontrolle vorteilhaft. Beim Bürgerservice werden häufig, trotz des deutlich sichtbaren Hinweises auf die Bereitstellungszeiten der Tonnen, selbst am Wochenende Elektroaltgeräte abgestellt, darunter auch teilweise Elektrogroßgeräte, für die diese Stelle keine Kapazitäten bietet. Eine ortsnahe Entsorgungsmöglichkeit zu einem guten Öffnungsangebot, an der auch Großgeräte abgegeben werden können, dürfte die Gesamtsituation deutlich verbessern.

Neben den konkreten Bezügen zu einzelnen Abfallfraktionen wird in dem Wertstoffhof ein zusätzliches Serviceangebot gesehen, das der Bürger durch die Wohnortnähe bequem nutzen kann. Die Reduzierung der Fahrtstrecken durch ein hiesiges Angebot ist zudem aus ökologischen Gründen sinnvoll.

Die Kosten für den Betrieb des Wertstoffhofes fließen in die allgemeine Gebührenkalkulation des Abfallbetriebes ein. Auf der Erlösseite sind jedoch auch Einnahmen für die Annahme des Papiers zu verzeichnen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2021 dem Rat folgende Beschlussfassung empfohlen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis Viersen die der Vorlage beigefügte „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung von Entsorgungsaufgaben (Aufgabenübertragung) im Bereich Einsammeln und Befördern überlassungspflichtiger Abfälle für den Teilbereich Bringsystem/Wertstoffhof“ abzuschließen.

§ 2 Absatz 1 Satz 2 erhält folgenden Wortlaut: Die Parteien sind unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr, jedoch erstmalig nach Ablauf von 10 Jahren nach Inkrafttreten, zur Kündigung dieser Vereinbarung berechtigt.

Dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschuss entsprechend wurde der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung überarbeitet und liegt der Vorlage als Anlage bei.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wassong teilt mit, dass der Kreis Viersen auf Anfrage erklärt habe, dass gegen eine Abänderung der erstmaligen Kündigungsberechtigung nach einem Ablauf von 10 anstelle von 20 Jahren keine Bedenken bestünden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis Viersen die beigefügte „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung von Entsorgungsaufgaben (Aufgabenübertragung) im Bereich Einsammeln und Befördern überlassungspflichtiger Abfälle für den Teilbereich Bringsystem/Wertstoffhof“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Stimmenthaltung(en)